

12 Thesen zu Wirtschaftswachstum, Umweltschutz, Wohlstand

26. Februar 2013

Hans Baumann, Iris Bischel, Urs Chiara, Chantal Gahlinger, Susy Greuter, Ruth Gurny, Christoph Hefel, Iwan Schauwecker, Linda Stibler, Beat Ringger, Holger Schatz, Johannes Wickli, Pascal Zwicky

Die nachstehenden Thesen zu Wirtschaftswachstum, Umweltschutz und Wohlstand sind in der Kerngruppe des Denknetzes in einem mehrmonatigen Diskussionsprozess erarbeitet worden in der Absicht, das Spannungsfeld zwischen Umweltschutz und sozialen Zielen (Verteilungsgerechtigkeit, Arbeitsplätze, Löhne) auszuloten und auf seine grundlegenden Aspekte hin durchzuarbeiten. Die zentrale Erkenntnis: Nur ein Zusammendenken der ökologischen mit den sozialen Zielen erlaubt es, die anstehenden Probleme auf demokratische Weise zu lösen. Dafür muss die Macht des Kapitals erheblich zurückgebunden werden. Eine klare Absage erteilen die Thesen der Vorstellung einer Schweiz als ökologischer Alpen-Insel inmitten einer krisenhaften Welt. Die Menschenrechte sind unteilbar, der Anspruch auf ökologisch unversehrte Lebensräume ist es auch.

1. Ressourcenverbrauch und Schadstoffaustrag

Wir haben nur einen Planeten zum Leben. Die Ressourcen (Rohstoffe, Böden und Meere, Energie, Luft, Wasser) sind begrenzt, ebenso die Kapazitäten der Natur, Schadstoffe zu absorbieren. Ressourcenverbrauch und Schadstoffaustrag sind deshalb auf einem Niveau zu halten, bei dem die Qualität der Lebensräume nicht beeinträchtigt wird und die Verfügbarkeit wichtiger Ressourcen auch für kommende Generationen gewährleistet ist. Der ökologische Fussabdruck macht deutlich, wie viel Naturverbrauch wir uns leisten können,

ohne die Ökosysteme dauerhaft zu schädigen. Der Naturverbrauch hat demnach auf globaler Ebene die Schwelle bereits markant überschritten, bei der eine nachhaltige Nutzung noch gewährleistet ist. Die sogenannten hochentwickelten Länder befinden sich alle deutlich über dieser Schwelle, während sie von den aufstrebenden Ländern zur Zeit gerade überschritten wird. Diese Entwicklung ist inakzeptabel. Insbesondere die Folgen des Klimawandels sind global und für viele Menschen bereits heute dramatisch. Gerade diejenigen Menschen, die bisher am wenigsten zum Ausstoss von Klimagasen beigetragen

haben, leiden am meisten unter den Folgen. Eine markante Rücknahme des Ressourcenverbrauchs und des Schadstoffausstrags sind ein Imperativ für die Zukunft des (menschlichen) Lebens auf der Erde.

2. Wachstum

Die Wachstumsdebatte verschleiert diesen Imperativ, wenn sie - was häufig der Fall ist - die in Geld gemessene und die stoffliche Ebene vermischt. Ein in Marktpreisen gemessenes Wachstum (z.B. mit Hilfe des geläufigen Bruttoinlandsprodukts BIP) sagt noch nichts über die Umweltbelastung aus. Die Umweltbelastung kann auch dann massiv ansteigen, wenn kein in Geld gemessenes Wachstum vorliegt, zum Beispiel dann, wenn die gleichen Güter dank Rationalisierungen billiger hergestellt werden können und sich die Produktionsmenge und der Naturverbrauch dabei ausweiten. Umgekehrt wird eine Zunahme von bezahlten personenbezogenen Diensten (z.B. Bildung, Pflege) das BIP erhöhen, ohne dass die Umweltbelastung deswegen zwingend ansteigt. Die Wachstumsproblematik muss deshalb präziser bezeichnet werden. Es geht um die Zunahme der stofflichen Umweltbelastungen. Diese muss erheblich reduziert werden. Eine solche Reduktion ist umso leichter zu erreichen, als dass die Verschwendung von Ressourcen unter dem heutigen Produktions- und Vertriebsregime enorme Ausmasse angenommen hat.

Zu Recht wird der Wachstumszwang im Kapitalismus angeprangert. Die zentrale Formel im Kapitalismus lautet, aus Geld mehr Geld zu machen. Unternehmen, die in einem kompetitiven Umfeld tätig sind, stehen dabei unter hohem Druck zu wachsen, um ihre Marktstellung behaupten zu können. Das führt unter den gegebenen Bedingungen dazu, dass Umweltschutz, der für die Unternehmen Kosten verursacht, mit Nachteilen im Wettbewerb verbunden ist. Dasselbe gilt auf

der Ebene der Wirtschaftsstandorte. Dies sind die entscheidenden Gründe für den ansteigenden Naturverbrauch und für die Schwierigkeiten, Umweltschutzmassnahmen durchzusetzen. Sprechendes Beispiel dafür ist die Blockierung global wirksamer Schutzmassnahmen gegen die Klimaerwärmung.

Aus Marketinggründen schmücken sich viele Unternehmen damit, dass sie in die Nachhaltigkeit investieren. Nicht alle dieser Engagements sind aber mit einem wirklichen Wandel verbunden. Sie verschleiern oftmals, dass keine Änderung des Systems erwünscht ist. Wenn Nestlé beispielsweise Wasser privatisiert und somit die Ärmsten dazu zwingt, dieses teuer zu kaufen, und gleichzeitig PR-wirksam für wohltätige Zwecke spendet, wird mit der einen Hand an der Oberfläche kaschiert, was die andere in der Tiefe zerstört.

3. Care-Arbeit

Dank der enormen Zunahme der stofflichen Produktivität ist der Anteil der in der Güterfertigung Beschäftigten seit den 1970er Jahren markant gesunken. Er beträgt in den entwickelten Ländern noch rund 20%. Davon entfällt zudem noch eine erhebliche Zahl auf Forschung und Entwicklung, Marketing, Verkauf, Vertrieb und Administration. Zwar muss in Rechnung gestellt werden, dass es auch güterbezogene Arbeit gäbe, die aus Sicht der Umweltverträglichkeit und des schonenden Ressourceneinsatzes sehr sinnvoll wäre (z.B. im Bereich der Reparatur von Geräten und Fahrzeugen), aber nicht mehr erbracht wird, weil sie nicht profitabel verwertet werden kann. Trotzdem ist klar: Dank der Produktivitätssteigerungen in der Güterfertigung und bei der Erbringung von Sachdienstleistungen verlagert sich ein wachsender Teil der Arbeit in die Bereiche der personenbezogenen Dienste und Tätigkeiten: Hausarbeit, Bildung, Gesundheitswesen, Betreuung und Pflege von Kindern, Behinderten und Kranken, Kultur,

Freizeit, Persönlichkeitsentfaltung.

Umso absurder ist es, dass die Gesellschaften immer noch in einer Wirtschaftsweise gefangen sind, die auf der Produktion von Waren basiert, deren Verkauf Gewinn abwerfen muss. Denn dem Kapital fällt es schwer, personenbezogene Dienste in Waren umzuformen. Zwar gelingt es partiell, solche Umformungen durchzusetzen. Zum Beispiel machen Fallpauschalen in Spitälern aus medizinischen Leistungen Waren, und dasselbe geschieht tendenziell mit Bildungsgutschriften auch im Kinderbetreuungs- und Bildungsbereich. Doch die personenbezogenen Dienste sind weitgehend resistent gegenüber Produktivitätssteigerungen, ohne dass die Qualität erheblich beeinträchtigt wird. Deshalb bleiben auch warenförmig strukturierte personenbezogene Dienste für das Kapital nur von beschränktem Interesse. Insbesondere Frauen sind von diesen Entwicklungen betroffen, da personenbezogene Diensten überwiegend von Frauen erbracht werden. Damit ergeben sich zwei zentrale Motive, die Dominanz der Kapitalverwertung zu überwinden: Einerseits ist dies aus Gründen der Nachhaltigkeit geboten. Andererseits gelingt die Sicherung und Mehrung des Wohlstands ebenfalls am besten, wenn das Privatkapital in seine Schranken verwiesen wird. Denn personenbezogene Dienste müssen als öffentliche Dienste gestaltet und politisch gesteuert werden, wenn sie für alle BürgerInnen flächendeckend und zu jeder Zeit in guter Qualität und zu fairen Preisen zugänglich sein sollen. Und geeignete Formen der Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit sollen den Druck mindern, der auf der privat erbrachten Care-Arbeit lastet.

4. Arbeitsplätze oder Umweltschutz?

Auf bürgerlicher Seite, aber manchmal auch auf linker und gewerkschaftlicher Seite, wird argumentiert, Wirtschaftswachstum sei für den Erhalt der Arbeitsplätze und für die

Finanzierung der Sozialwerke unerlässlich. Die Vorstellung, ein ökosozialer Umbau der Gesellschaft würde das Arbeitsvolumen und die Basis für die Finanzierung der Sozialwerke schmälern, ist jedoch falsch. Ein ökosozialer Umbau will die ökonomischen Ressourcen hin zu einer nachhaltigen Gestaltung der Lebenszusammenhänge verlagern. Dies wird die Gewinnaussichten einiger Konzerne und Branchen zweifellos verringern, an andern Orten hingegen einen deutlichen Zuwachs an Beschäftigung und Wertschöpfung auslösen, die notabene häufig regional anfällt. Vielfach ist dieser Beschäftigungszuwachs deutlich höher als die entsprechenden Verluste, weil ökologische Verfahren häufig arbeitsintensiver sind als umweltschädigende. Dies ist zum Beispiel beim Wechsel von der kapitalintensiven Atomtechnologie hin zur dezentralen solaren Energieproduktion der Fall. Hinzu kommt, dass die Kosten der Atomtechnologie (Stilllegung und Rückbau, Abfall, Schäden im Falle eines Unfalls) von der Allgemeinheit getragen werden müssen. In einigen Bereichen ist auch eine gezielte Rücknahme von besonders umweltbelastenden Formen des Konsums erforderlich, beispielsweise im Bereich der Mobilität. Solche Prozesse können und müssen sozialverträglich gestaltet werden. Ein Beispiel für eine solche Ausgestaltung wäre eine CO₂-Abgabe auf Treibstoffen in Form des Ökobonus. Der Ökobonus ist ein Zuschlag auf den Benzin- resp. Dieselpreis, deren Ertrag gleichmässig auf die Bevölkerung rückverteilt wird. Dadurch gewinnen jene, die wenig Auto fahren zulasten jener, die viel Auto fahren. In einem Land wie der Schweiz, in dem für die Mobilität meist gute Alternativen zum Autoverkehr verfügbar sind, können die Haushalte so ihr verfügbares Einkommen gezielt beeinflussen. Sinnvollerweise wird diese Lenkungsabgabe mit der zusätzlichen Förderung umweltschonender Mobilität kombiniert (z.B. Fuss- und Veloverkehr in den Städten), so dass sich die positiven Wirkungen

verstärken. Ein solches System wurde mit der CO₂-Abgabe auf *Brennstoffen* mit entsprechender Teilzweckbindung für ökologische Massnahmen bereits mit Erfolg eingeführt. Ein weiteres Feld ist der ökosoziale Neudesign der Konsumgüter, was auch dann Preiserhöhungen zur Folge haben kann, wenn dabei keine Profite erzielt werden. Diese Preiserhöhungen können und sollen durch bessere Qualität und vor allem durch höhere Langlebigkeit der Güter ausgeglichen werden.

5. Verteilung des Reichtums

Wer über Umweltschutz spricht, muss auch über die Reichtumsverteilung sprechen. Dies gilt auf globaler Ebene ebenso wie auch innerhalb der einzelnen Länder. Gegenwärtig sterben jährlich eine Million Menschen an Vergiftungen durch verschmutzte Gewässer und Böden, und zwar fast ausschliesslich in den Ländern der sogenannten Dritten Welt. Umgekehrt übersteigt der ökologische Fussabdruck pro Kopf in den reichen Nationen das nachhaltige Mass um ein Mehrfaches, während die armen Länder teilweise weit unter dieser Schwelle liegen. Diese Ungleichheiten wiederholen sich innerhalb der Länder. Die multinationalen Konzerne haben ihre Gewinne in den letzten dreissig Jahren massiv gesteigert und gleichzeitig dafür gesorgt, dass sie immer weniger Steuern bezahlen. Die Anteil der Löhne am BIP hingegen ist weltweit gesunken. Der ökosoziale Umbau und die Umstellung auf umweltschonende Produkte muss deshalb in erster Linie aus diesen Profiten finanziert werden. Höhere Steuern auf Unternehmensgewinnen, hohen Erbschaften und hohen Einkommen bilden eine zentrale Finanzierungsquelle dieses Umbaus. Obwohl die Wohlstandsunterschiede in der neoliberalen Ära markant zugenommen haben, wird in der gegenwärtigen Krise immer wieder behauptet, die breite Masse der Menschen habe über ihre Verhältnisse gelebt und müsse jetzt den Gürtel enger schnallen. Dabei geht meist vergessen, welch grosses Volumen an

unbezahlter Arbeit im privaten Care-Bereich erbracht wird - ohne finanzielle Abgeltung. Vergessen geht auch die beträchtliche Zunahme von prekären Arbeitsverhältnissen. Im Kontrast dazu stiften die enormen Finanzvermögen einer kleinen Minderheit auf den Finanzmärkten in immer rascherer Folge spekulatives Unheil. Gleichzeitig schmälert die Vermögenskonzentration in den Händen einiger Weniger die Handlungsspielräume der Vielen - zum Beispiel dadurch, dass der öffentlichen Hand die Steuermittel fehlen, um den ökologischen Umbau entschlossen voranzubringen. Deshalb müssen wir die Gelder aus den Finanzmärkten in die Zonen gesellschaftlicher Nützlichkeit rückverteilen - gerade auch aus ökologischen Gründen.

6. Die Neoliberalisierung der Umweltpolitik

In den 1980er Jahren wurde der Schutz der Umwelt weltweit zu einem beherrschenden Thema. Eine Reihe von Katastrophen und Beinahe-Katastrophen (Harrisburg, Tschernobyl, Bophal, Schweizerhalle etc.) hatte die Bevölkerungen vieler Länder aufgerüttelt. Steigende Schadstoffbelastungen von Luft und Wasser führten zunehmend zu Schäden bei Menschen, Tieren und Pflanzen (z.B. in Form des Waldsterbens). Innert kurzer Zeit wurde es möglich, technische Normen und Vorschriften durchzusetzen, mit denen die Umweltbelastung beträchtlich reduziert werden konnte. Beispiele dafür sind der global durchgesetzte Einbau von Katalysatoren in Motorfahrzeugen und das ebenfalls globale Verbot von Fluorkohlenwasserstoffen in Sprühdosen und Kühlschränken. Doch nach einer ersten erfolgreichen Welle von Verboten und Vorschriften gelang den herrschenden Kräften in der Umweltpolitik ein neoliberaler Rollback. Verbote und Gebote wurden als freiheitsfeindlich diskreditiert, an ihre Stelle sollten marktkonforme Lösungen und freiwillige Massnahmen treten. Deshalb blieben z.B. die Bemühungen Kaliforniens,

vorzuschreiben, dass Neuwagen höchstens 4 Liter Treibstoff auf 100 km verbrauchen dürfen, im Sande stecken. Doch auch von dieser 'Internalisierung der Umweltkosten' (d.h. der Einbau von Umweltkosten in die Preisbildung der Güter und Dienste) ist heute nicht viel übrig geblieben, weil dies für einen Teil der Produzenten höhere Kosten bedeutet hätte. Die Internalisierung der Umweltkosten ist weitgehend auf Eis gelegt.

Geblichen ist allerdings die Verschiebung der Verantwortung von den ProduzentInnen auf die KonsumentInnen. Umweltschutz ist zu einem Nischenmarkt für Leute verkommen, die bereit sind, aus ökologischen Gründen höhere Preise in Kauf zu nehmen. Solche Nischenmärkte haben in der Pionierphase der Umweltbewegung vor vierzig Jahren wichtige Optionen eröffnet und fortschrittliche Wirkungen entfaltet. Mittlerweile hat sich dies jedoch ins Gegenteil verkehrt. Wer die Umwelt schützt, zahlt mehr, wer den Schutz missachtet, wird mit tiefen Preisen belohnt - und dies, obwohl längst bekannt ist, wie es besser gemacht werden könnte. Jetzt muss auf die Umkehrung hingewirkt werden. Die besten Praktiken hinsichtlich ökologischer und sozialer Kriterien müssen zur verbindlichen Norm erhoben, allfällig noch zugelassene Abweichungen mit Preisauflagen versehen werden.

7. Ökologischer Umbau, sozial finanziert

Der Politik muss wieder das unbestrittene Primat über die Wirtschaft zukommen. Regulierungen und Produktvorschriften, die helfen, die Umweltbelastung zu senken, müssen durchgesetzt werden. Leitmotiv soll dabei das Prinzip der besten Praxis sein. Die jeweils im Sinn der Umweltschonung besten bekannten Standards und Verfahren müssen generell durchgesetzt werden. Die Förderung der Cleantech-Industrie soll in eine solche Perspektive eingebettet werden. Umweltbewegungen und soziale Bewegungen (z.B. Gewerkschaften) müssen dabei

gemeinsam dafür eintreten, die Geldmittel für einen solchen ökologischen Umbau dort zu beschaffen, wo heute der Reichtum gehortet wird. Viel zu viele Geldmittel sind gegenwärtig in den Händen einer verschwindend kleinen Minderheit konzentriert. Sie stecken überwiegend in Finanzprodukten und Wertpapieren und treiben die Finanzmärkte in immer neue Spekulationsblasen. Sie müssen - es sei nochmals betont - aus diesen Zonen der Destruktivität wieder in die Zonen der Nützlichkeit rückgeführt werden.

8. Ausstieg aus dem Konsumismus

Menge und Art der gegenwärtig produzierten Güter sind nicht auf eine nachhaltige Nutzung der Umwelt abgestimmt. Die Märkte der hochentwickelten Länder werden mit einer Flut von billigen Waren überschwemmt, die nur so günstig sind, weil die Löhne in Ländern wie China viel tiefer sind als hierzulande. Gleichzeitig wird für die kaufkräftigen Schichten der entwickelten Länder der Akt des Konsumierens immer wichtiger, während die realen Lebensumstände mehr und mehr vom Strampeln nach beruflichem Erfolg geprägt sind. Der Konsum wird zur Sphäre von Ersatzbefriedigungen, die Konsumfreiheit wird zur zentralen Form von Freiheit überhaupt. Dieser Konsumismus muss auf mehreren Ebenen überwunden werden. Der Druck und die Belastung in der Arbeitswelt müssen gesenkt werden. Die realen Arbeitszeiten, seit rund dreissig Jahren im Steigen begriffen, müssen wieder deutlich sinken. Dadurch gewinnen die Leute Freiräume, in denen sie Bedürfnissen Raum geben können, die nicht vom Konsum von materiellen Gütern und Statussymbolen abhängen, wie zum Beispiel die Pflege von persönlichen Beziehungen, die berufliche und kulturelle Bildung, die Teilnahme am Kulturgesehen, die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit. Parallel dazu sind die personenbezogenen öffentlichen Dienste auszubauen und der

gesamten Bevölkerung in hoher Qualität verfügbar zu halten: Bildung, Gesundheitsversorgung, Altenpflege, familienergänzende Kinderbetreuung, kulturelle Angebote. Lenkungsabgaben oder eine ökologische Steuerreform können den Ausstieg aus dem Konsumismus unterstützen. Sie sind mit der Bereitstellung von umweltschonenden Alternativen zu koordinieren und so zu gestalten, dass sie sozial ausgleichend wirken. Bei einer ökologischen Steuerreform ist darauf zu achten, dass damit nicht die ideologische Unterwerfung unter die Kapitallogik und eine nationalegoistische Sicht gefördert wird ("Arbeit verbilligen", "gegenüber dem Ausland konkurrenzfähiger werden").

9. Ökologisch ausgerichtete öffentliche Infrastruktur

Die öffentlichen Infrastrukturen sind nach ökologischen Kriterien umzubauen und so zu entwickeln, dass sie ein ökologisches Alltagsverhalten unterstützen. Die Energieversorgung ist konsequent auf nachhaltige Formen der Energiebereitstellung auszurichten. Der Ausstieg aus der Atomtechnologie muss so rasch als möglich erfolgen. Die ältesten Atommeiler (in der Schweiz Mühleberg, Beznau) sind sofort stillzulegen.

Das Volumen des motorisierten Privatverkehrs ist substanziell zu reduzieren. Die dem Privatverkehr verfügbare Strassenfläche ist insbesondere in den Städten zurückzubauen, der Fuss- und Fahrradverkehr zu stärken. Der öffentliche Verkehr soll ausgebaut werden, ebenso die Verfügbarkeit eines Autoverleihs, der den Besitz eines eigenen Fahrzeugs für die grosse Mehrheit der Bevölkerung überflüssig macht. Langfristig sind Siedlungsstrukturen so zu entwickeln, dass unnötige Wege vermieden werden.

10. Sicherheit und Frieden als Grundlagen des neuen Wohlstands

Der ökosoziale Umbau wird letztlich nur erfolgreich sein, wenn er auf Weltebene realisiert wird. Doch es wäre fatal, mit dem Start dieses Umbaus solange zu warten, bis sich alle Länder daran beteiligen. Länder, Bewegungen, Organisationen und Nationen, die für den ökosozialen Umbau eintreten, sind aufgerufen, sich zu internationalen Bündnissen zusammenschliessen. Wenn dabei ein einzelnes Land oder eine Ländergruppe Pionierarbeit leistet, ist es auch gerechtfertigt, ökologisch und sozial verträgliche Produkte gegenüber der umweltschädigenden Konkurrenz mit Schutzabgaben zu sichern. Der ökologische und soziale Umbau der Weltwirtschaft ist Voraussetzung für eine Welt, in der die Menschen aller Länder in Würde leben können. Sicherheit und Frieden sowie die Einhaltung der Menschenrechte sind die wichtigsten Grundlagen für einen nachhaltigen Wohlstand. Sie können nur in nachhaltigen und sozialen Weltwirtschaftsbeziehungen gedeihen. Deshalb müssen die Rüstungsaufwendungen drastisch vermindert und die freiwerdenden Mittel für den ökosozialen Umbau eingesetzt werden.

11. Nationalismus im Umweltschutz vermeiden

Immer wieder wird kolportiert, die Migration sei schuld an der Zunahme der Umweltbelastung und an der Überbeanspruchung der Lebensräume. Erneut soll das Boot voll sein. Die wachsende Beanspruchung der Lebensräume ist jedoch nur zu einem geringen Teil der Migration geschuldet. Die grösste Einengung der Lebensräume entsteht durch den motorisierten Privatverkehr. Noch immer werden gegen 80% aller Personenkilometer mit dem eigenen Auto zurückgelegt, und noch immer wächst das Volumen des privaten Motorfahrzeugverkehrs kontinuierlich an. Gegen 30% der

Siedlungsflächen sind Strassen. Strassen sind Gefahrenzonen, die die Lebensräume durchdringen, zerschneiden und mit hohen Immissionen belasten. Auch die Zunahme des Bedarfs an Wohnfläche ist weit grösser als das Bevölkerungswachstum. Während die Wohnbevölkerung der Schweiz von 1965 bis heute um 28% zunahm, wuchs die Siedlungsfläche um 70%. Die Frage, wie Raum genutzt wird, ist weitaus bestimmender als die Frage, wie viele Personen dies tun. So könnte das neue Zürcher Hochhaus *Prime Tower* alle Asylsuchenden der Stadt Zürich aufnehmen, und dabei würde jeder Person eine Wohnfläche von 20m² zur Verfügung stehen. Wir wenden uns entschieden gegen die Vorstellung der Schweiz als einer ökologischen Alpen-Insel inmitten einer krisenhaften Welt. Sämtliche Menschen dieser Erde haben denselben Anspruch auf ein lebenswertes Leben wie wir. Dieser Anspruch kann heute nur sehr ungleich eingelöst werden, was mit den ungerechten internationalen Wirtschafts- und Machtstrukturen zusammenhängt. Wir lehnen deshalb eine Politik ab, die nun auch in Umweltfragen darauf abzielt, die Vorteile der ohnehin schon stark privilegierten Schweiz zu wahren. Die Menschenrechte sind unteilbar, der Anspruch auf ökologisch unversehrte Lebensräume ist es auch.

12. Wirtschaftsdemokratie durchsetzen und den Kapitalismus überwinden

Eine umfassende ökologische, soziale und demokratische Wende setzt voraus, dass die Dominanz der Kapitalverwertung durch die Bedarfsorientierung abgelöst wird. Aus ökologischen Gründen erforderliche Gebote und Verbote müssen in der Güterfertigung und der Erbringung von Sachdienstleistungen endlich durchgesetzt werden können. Der Einfluss der demokratisch legitimierten Politik auf die wichtigsten Investitionsentscheide (z.B. hinsichtlich der Energieversorgung) muss erheblich gestärkt werden. Öffentliche,

demokratisch geführte Investitionsfonds müssen die ökologisch und sozial motivierte Innovation stimulieren. Die Belegschaften in den Betrieben müssen in die Gestaltung der Arbeitswelt und in die Gestaltung der Arbeitsprodukte einbezogen werden, und gleichzeitig ist der Einfluss der Zivilgesellschaft auf die Produktionswelt zu stärken.

Die Durchführung eines solchen Programms ist gleichbedeutend mit der Durchsetzung einer umfassend verstandenen Wirtschaftsdemokratie, mit dem Primat des Politischen gegenüber ökonomischen Sonderinteressen. Eine solche Wirtschaftsdemokratie lässt sich mit der Dominanz der Märkte und der Kapitalverwertung nicht vereinbaren und kommt damit einer Überwindung des Kapitalismus als Gesellschafts- und Herrschaftsform gleich.

Die Notwendigkeit eines solchen gesamtgesellschaftlichen Wandels bedeutet allerdings nicht, dass der Kampf um konkrete ökologische Verbesserungen im Rahmen des Kapitalismus sinnlos wäre. Die Spielräume für eine andere Umweltpolitik sind auch unter den gegebenen Verhältnissen beträchtlich. Dies wird immer dann deutlich, wenn machtvolle Umweltbewegungen entsprechenden Druck ausüben, wie zum Beispiel in den 1980er-Jahren. Damals konnten die bedrohlich gewachsenen Umweltbelastungen dank eines Schubes an Verboten und Geboten praktisch über Nacht markant verringert werden (schwefelfreies Heizöl, obligatorischer Einbau des Katalysators in Personewagen, Verbot von NOX in Treibgasen, bleifreies Benzin etc.). Ähnliches geschah 2011, als der Reaktorunfall in Fukushima zu einem Meinungsumschwung in der breiten Bevölkerung einiger Länder (Japan, Deutschland, Schweiz) führte und der Atomausstieg ebenfalls über Nacht eine Option wurde.

Umweltbewegungen, die ihre Ziele entschlossen verfolgen, tragen dazu bei, dass die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse auch insgesamt geändert werden können. Wie nötig dies ist, wird gegenwärtig in der Energiepolitik deutlich. Anstatt den Ausstieg aus der Atomtechnologie entschlossen voranzubringen sowie die nachhaltige Energieversorgung und den sparsamen Verbrauch ebenso entschlossen zu fördern, wurden die entsprechenden Programme in der Schweiz bisher viel zu zögerlich vorangebracht. Die aktuell und in den

kommenden Jahren folgende politische Diskussion rund um die Energiewende bzw. die Energiestrategie 2050 bietet die Chance, den Umstieg endlich voranzubringen. Gleichzeitig wird die Drohkulisse der Versorgungslücke sowie der steigenden Preise aufgebaut in der Hoffnung, dadurch die Atomtechnologie wieder ins Spiel bringen zu können. Beiden Ängsten kann mit Verweis auf die Vorteile einer dezentralen, auf erneuerbaren Energien beruhenden Versorgung sowie auf die Energieeffizienz entgegengetreten werden.

Schluss: Vielfältige Konflikte und neuer Wohlstand

Der Reichtum, den die Menschheit in den letzten Jahrhunderten entwickelt und angehäuft hat, reicht aus, um allen Menschen ein würdiges Leben auf nachhaltiger Basis zu ermöglichen. Die materielle Basis ist vorhanden, um soziale und ökologische Ziele aufeinander abzustimmen, ohne dabei den Wohlstand einer Gesellschaft zu schmälern – im Gegenteil. Allerdings stehen diese Ziele in vielen konkreten Konstellationen in Konflikt zueinander, und mächtige gesellschaftliche Kräfte haben alles Interesse daran, diese Konflikte zu schüren.

An Beispielen dafür mangelt es leider nicht. Das Argument der Arbeitsplätze spielt in unzähligen Auseinandersetzungen eine zentrale Rolle. Als zum Beispiel die Finanzkrise von 2008 mit einer Krise in der Autoindustrie zusammenfiel, wurde in vielen Ländern eine Abwrackprämie eingeführt, ein Anreiz an die KonsumentInnen, ihr Auto möglichst rasch durch einen Neuwagen zu ersetzen. Dadurch wurden Arbeitsplätze auf Kosten einer gesteigerten Umweltbelastung erhalten.

Solche Konfliktlinien werden nicht über Nacht zum Verschwinden gebracht, wie sich beispielweise auch in den Ländern Lateinamerikas zeigt, in denen die Macht des Kapitals markant zurückgedrängt werden konnte. Die Zusammenführung von ökologischen und sozialen Zielen ist vielmehr eine Aufgabe, deren Lösung nur durch ein dauerhaftes und kreatives Engagement von sozial und ökologisch orientierten Bewegungen, Organisationen und Parteien gelingen kann.

Dabei wird eine wichtige Rolle spielen, dass die Angst vor einem Verlust an materiellem Wohlstand durch die Lust auf neue Wohlstandsgewinne überwunden wird: auf mehr freie Zeit, auf die Belebung menschlicher Beziehungen, auf autoarme Städte und Erholungsgebiete, auf hochqualitative Produkte von langer Lebensdauer, auf entschleunigte Lebenswelten, auf die Entwicklung des persönlichen kulturellen Ausdrucks, auf die aktive Teilnahme an Programmen zum weltweiten ökologischen und sozialen Umbau der Verhältnisse, auf den persönlichen Austausch mit anderen Kulturen in Sicherheit und Freiheit.